

**VIZE-MINISTERPRÄSIDENTIN**

**MINISTERIN FÜR  
KULTUR, BESCHÄFTIGUNG  
UND TOURISMUS**

ISABELLE WEYKMANS

Rede - 19. November 2018

## **Interparlamentarischer Resolutionsvorschlag zur belgischen Klimapolitik**

Sehr geehrter Herr Präsident,

Damen und Herren Abgeordnete,

Werte Kollegen,

auf Initiative des Präsidenten des Wallonischen Parlaments zur interparlamentarischen Zusammenarbeit wurden im ersten Halbjahr 2017 Austausche zwischen dem föderalen Parlament, den Regionalparlamenten, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie Vertretern des Klimaausschusses des Senats in Sachen Klimapolitik initiiert.

Erklärtes Ziel war es, gemeinsame Positionen zwischen den betroffenen politischen Ebenen zu erarbeiten, in Vorbereitung auf die 23. Konferenz der Vereinten Nationen, oder COP23, in Bonn.

Als Vorbereitung auf die bevorstehende COP24, im Dezember 2018 in Katowice, konnte am 10. Juli 2018 ein Resolutionsvorschlag zur belgischen Klimapolitik vorgelegt werden, der zur Begründung einer einheitlichen Position Belgiens dienen soll.

Das uns heute vorliegende und zur Abstimmung stehende Dokument wurde, wie ich bereits andeutete, unter Beteiligung des Parlamentes der Deutschsprachigen Gemeinschaft erarbeitet und inzwischen vom

Flämischen und Wallonischen Parlament sowie der Föderalen Kammer verabschiedet.

Mit 70 konkreten Handlungsempfehlungen in den Bereichen Energie, Mobilität, Wohnungsbau, Landwirtschaft und Bildung - sowie Internationale Beziehungen, europäische Zusammenarbeit, Verwaltung und Finanzierung - basiert der Resolutionsvorschlag auf drei Grundprinzipien:

1° die Bekämpfung des globalen Klimawandels erfordert den ständigen Einsatz aller Parlamente und Regierungen des Landes;

2° die institutionelle Kompetenzverteilung und die koordinierte internationale Vertretung Belgiens erfordern eine vertiefte Zusammenarbeit auf parlamentarischer und Regierungsebene;

3° die initiierte interparlamentarische Zusammenarbeit über das Thema Klimapolitik soll im Kontext internationaler Verhandlungen, belgischer Verpflichtungen und innerbelgischer Entscheidungsfindungen langfristig weitergeführt werden.

Kolleginnen und Kollegen,

die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft begrüßt und befürwortet den interparlamentarischen Resolutionsvorschlag zur belgischen Klimapolitik.

Auch ohne bislang unmittelbar für Energie, Mobilität oder Klimapolitik zuständig zu sein, setzt sich die Regierung nicht erst seit dieser Legislaturperiode dafür ein, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Mittel konkrete Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung unserer Region sowie die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens zu leisten.

Natürlich sind unsere Handlungsspielräume hier begrenzt.

Wir, im kleinen Ostbelgien, werden aller Voraussicht nach nie dazu in der Lage sein, die Entwicklung des globalen Klimas maßgeblich zu beeinflussen.

Dennoch ist die Regierung der Meinung, dass niemand sich bei einem so zentralen und zukunftsweisenden Thema wie der Bekämpfung des globalen Klimawandels für nicht zuständig oder nicht verantwortlich erklären darf – geht es doch hier um nichts Geringeres als den nachhaltigen Fortbestand unseres natürlichen Lebensraums und der Menschheit.

In den letzten Jahren tätigte die Regierung beispielsweise Eigeninvestitionen und Zuschüsse in Höhe von 11,4 Mio. EUR für die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Infrastrukturbereich.

Das Gesamtvolumen der hiermit einhergehenden Arbeiten entspricht 17,6 Mio. EUR.

Allein in ihre eigenen Infrastrukturen und die Infrastrukturen der Dienste mit getrennter Geschäftsführung investierte die DG 2 Millionen Euro in Energiesparmaßnahmen.

Für das Ministerium wurde ein innovatives Energiebuchhaltungskonzept eingerichtet, das zukünftig auf weitere Einrichtungen, so auch auf Gemeindeebene, ausgeweitet werden soll.

Durch den Ankauf einer spezifischen Software soll demnächst das Energie- und Gebäudemanagement optimiert werden.

Im Frühjahr 2016 entschloss sich die Regierung, als Gründungsmitglied der sogenannten „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ beizutreten, der mittlerweile 16 Regionen mit insgesamt 50 Millionen Einwohnern angehören und bei der es darum geht, eine starke europaweite Lobby für nachhaltige und vor allem sichere Versorgungsmodelle zu initiieren.

Innerhalb der Großregion beteiligt sich die DG am Interreg-Projekt „Energiewaben“. Möglichst hohe Anteile an in der Großregion

erzeugtem Strom aus erneuerbaren Energien sollen vor Ort genutzt werden, so zusammengefasst das erklärte Ziel.

Durch die Förderung von Wabenstrukturen zielt das Projekt Energiewaben auf eine deutliche Erhöhung von Erneuerbaren Energien, insbesondere von Wind und Photovoltaik, in den Verteilernetzen ab.

Nicht zuletzt trat die Regierung im Jahr 2017, als sogenannter supra-lokaler Gebietskoordinator, dem globalen Konvent der Bürgermeister bei.

Wie Sie wissen, handelt es sich hierbei um die weltweit größte Klimainitiative auf lokaler Ebene: 7.755 Städte und Gemeinden aus der ganzen Welt sind dem Konvent der Bürgermeister bis heute beigetreten und haben sich in diesem Rahmen dazu verpflichtet, ihre CO<sub>2</sub>-Ausstöße bis 2030 um 40% zu senken.

Dank der koordinierenden Unterstützung der DG haben sich alle deutschsprachigen Gemeinden in Ostbelgien dazu entschlossen, auch ihrerseits Mitglieder des globalen Bürgermeisterkonvents zu werden.

In diesem Zusammenhang erarbeiteten das Ministerium und die Gemeinden in den vergangenen Monaten gemeinsam den ersten integrierten Energie- und Klimaplan für die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Das mit der wissenschaftlichen Unterstützung des Wuppertal-Instituts für Klima und Energie erarbeitete und auf objektiven Grundlagen basierende Dokument liegt mittlerweile als Endfassung vor und wird in Kürze zur Verabschiedung gebracht werden können.

Es betrifft die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowohl der Gemeinden, als auch der Gemeinschaftsebene und zielt ausdrücklich

auf die Schaffung und Nutzung neuer Synergien zwischen den verschiedenen Ebenen ab.

Synergie nämlich - davon sind nicht nur wir überzeugt - ist ein zentrales Stichwort in der Verwirklichung wirkungsvoller und nachhaltiger Klimaschutzmaßnahmen, sei es in Ostbelgien, Belgien, Europa oder der Welt.

Durch die Übernahme neuer Zuständigkeiten in den Bereichen Energie, Raumordnung und Wohnungsbau ab 2020 wird die Bedeutung der DG, als innerbelgischer Partner bei der Koordinierung und Umsetzung einer kohärenten Klimapolitik in unserem Land steigen.

Der DG werden neue wichtige Werkzeuge zur Verfügung stehen, um die nachhaltige Entwicklung innerhalb Ostbelgiens und Belgiens voranzutreiben.

Und vor diesem Hintergrund sollten auch wir uns, als Partner im föderalen Belgien, dafür einsetzen, dass in Belgien, und idealerweise auch in Europa, in Sachen Klimapolitik mit einer Stimme gesprochen wird:

Die Bekämpfung des globalen Klimawandels betrifft uns Alle in selbem Maße und erfordert unseren themen- und zuständigkeitsübergreifenden Einsatz.

Durch unsere koordinierte Zusammenarbeit, ob innerhalb Belgiens oder mit Partnern im benachbarten Ausland, können wir effizient dazu beitragen, unseren Kindern und Enkelkindern sowie allen

nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.

Der vorliegende Resolutionsvorschlag zur belgischen Klimapolitik wird hierfür zweifellos ein förderliches Instrument sein können. Es ist beispielhaft, wie die verschiedenen Parlamente dieses Landes hier zusammengearbeitet haben und weiter werden und somit einen klaren Auftrag an die Regierungen des Landes formuliert haben. Belgien - Wir müssen die gesetzten Klimaziele erreichen. Aus diesem Grund muss sich daher auch die DG, neben allen anderen betroffenen Ebenen des Landes, an dessen Umsetzung und zukünftiger Weiterentwicklung beteiligen.

